

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0076/2017/BV

Datum:
16.02.2017

Federführung:
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Beteiligung:

Betreff:

Schulsozialarbeit – Ausweitung an beruflichen Schulen

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 06. April 2017

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Jugendhilfeausschuss	14.03.2017	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	22.03.2017	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	30.03.2017	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Jugendhilfeausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat, der Ausweitung der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen ab dem Schuljahr 2017/18 und den hierfür erforderlichen Finanzmitteln in Höhe von 28.700 € für 2017 und 88.400 € für 2018 zuzustimmen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verträge mit den freien Trägern fortzuschreiben. Die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltes durch das Regierungspräsidium.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
2017	28.700 €
2018	88.400 €
Einnahmen:	
Im Haushalt veranschlagt anteilige Landesförderung für diese Ausweitung:	
2017	7.000 €
2018	21.000 €
Finanzierung:	
Ansatz für Schulsozialarbeit im Haushalt insgesamt:	
2017	1.356.000 €
2018	1.634.000 €

Zusammenfassung der Begründung:

Die 2002 an Haupt- und Förderschulen gestartete und seither in allen Heidelberger Schultypen eingeführte Schulsozialarbeit ist ein fester Bestandteil des präventiven Netzwerks der Jugendhilfe im Stadtgebiet. Die Ressourcen an den fünf beruflichen Schulen sollen ab dem Schuljahr 2017/18 ausgeweitet werden.

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 14.03.2017

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.03.2017

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2017

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Begründung:

Schulsozialarbeit ist seit ihrer Einführung an Haupt- und Förderschulen 2002 ein zentraler Baustein des präventiven Netzwerkes der Jugendhilfe im Stadtgebiet. Das ganzheitliche, lebensweltbezogene und lebenslagenorientierte Unterstützungsangebot an Schulen wurde in mehreren Schritten ausgebaut und wird seit 2015 an allen Schultypen umgesetzt. In den fünf beruflichen Schulen wurde es in Form von Jugendsozialarbeit seit Januar 2015 erfolgreich eingeführt. Über die Ergebnisse der Implementierungsphase wurden die gemeinderätlichen Gremien im Herbst 2016 ausführlich informiert (siehe Drucksache: 0290/2016/BV). Der Gemeinderat hat am 06.10.2016 die Fortführung der Schulsozialarbeit und ihre Ausweitung an Grundschulen befürwortet.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2017/2018 wurde beschlossen, den von der Verwaltung geplanten nächsten Ausbauschritt in der Jugendsozialarbeit an den beruflichen Schulen vorzuziehen. Die bisherigen Ressourcen von einer 50 %-Stelle pro Schule sollen zum Beginn des Schuljahres 2017/18 auf jeweils eine 75 %-Stelle aufgestockt werden. Die Verwaltung ist in kontinuierlichem Kontakt mit den freien Trägern und prüft mit ihnen, wie die Ressourcen so eingesetzt werden können, dass die gewünschte Ausweitung fachlich sinnvoll erfolgen kann.

Die erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel in Höhe von 28.700 € für 2017 und 88.400 € für 2018 stehen im Haushalt bereit. Durch den Ausbau erhöht sich parallel die Landesförderung um 7.000 € in 2017 und um 21.000 € in 2018. Die Verträge mit den freien Trägern werden fortgeschrieben.

Aus terminlichen Gründen konnte die Ausweitung der Jugendsozialarbeit an beruflichen Schulen im Jugendgemeinderat am 14.02.2017 nicht beraten werden. Eine ausführliche mündliche Information ist unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ im Jugendgemeinderat erfolgt.

Die Verwaltung bittet um Zustimmung.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Ausgrenzung verhindern
SOZ 8	+	Den Umgang miteinander lernen
SOZ 9	+	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern

Begründung:
Die flächendeckende Schulsozialarbeit trägt dazu bei, Kinder und Jugendliche an der Schule zu halten und im Klassenverband zu integrieren, sodass sie kontinuierlich am Schulunterricht teilnehmen können und so eine schulische und berufliche Zukunft erhalten

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner